

Karl-Heinz P. Kohn

## Demokratie, das heißt: Der Souverän, das sind wir alle

Impuls am „Tag der Demokratie“  
an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Mannheim und Schwerin, 12. Mai 2022



### Demokratie

heißt  
Der Souverän,  
das sind wir alle.



Wir alle wissen: Demokratie, das heißt „Herrschaft des Volkes“. Früh, im antiken Griechenland, erprobt, hatte sie über viele Jahrhunderte keine Chance. Immer wieder wird Menschen glauben gemacht, Macht, die gehöre nicht ihnen. Macht, die gehöre Menschen mit blauem Blut von Geburt an, die gehöre Vertretern Gottes auf Erden oder Macht, die gehöre charismatischen Führern, die allein wissen, was die richtigen politischen Entscheidungen seien. Mit dieser Konzentration von Macht verbunden ist historisch der Begriff des „Souveräns“. Wer souverän handelt, den binden keine Fesseln, kein Zweifel, kein Gegengewicht. Den Begriff des Souveräns hat die Demokratietheorie übernommen. „Alle Macht geht vom Volke aus“, heißt es da. Der Souverän, das sind wir alle. Und wir übertragen unsere Macht auf frei gewählte Abgeordnete, die unseren Willen bündeln und in parlamentarischen Entscheidungen zum Ausdruck bringen. Der direkte Vertreter des Souveräns in Deutschland, das ist der Deutsche Bundestag.

### Demokratie

heißt  
1. Machtbegrenzung,  
2. Machtbegrenzung,  
3. Machtbegrenzung.



Was die Demokratietheorie aber auch bestimmt und mit ihr die Gestaltung jeder Staatsordnung, die sich wirklich Demokratie nennen darf, das ist die Erkenntnis, wie gefährdet sich Demokratie immer wieder historisch erwiesen hat. Charismatische, oder auch nur einfach skrupellos gewaltbereite Führungspersönlichkeiten können auch unter zunächst noch demokratischen Verhältnissen ihre Macht entfalten. Das haben wir in Deutschland gelernt, und das lernen zurzeit schmerzlich mehrere Staaten in unserer direkten und mittleren Nachbarschaft. Das Mittel einer wirksamen Demokratie gegen solche Entwicklungen ist 1. Machtbegrenzung, 2. Machtbegrenzung und 3. Machtbegrenzung. Ja, die Legislative, das Parlament spiegelt den Willen aller Bürgerinnen und Bürger. Und dennoch wird seine Macht begrenzt durch eine unabhängige Justiz, die die Rechtmäßigkeit verabschiedeter Gesetze auf Antrag der Opposition überprüft. Ganz wesentlich dabei ist die Verfassungsgerichtsbarkeit. Vielleicht wichtiger noch aber ist die Kontrolle der Exekutive, also der Regierungen und ihrer Verwaltungen, zu der auch wir in der Bundesagentur gehören. Denn ganz praktisch, in unserem Alltag ist es die Exekutive, die unsere Freiheit beschneiden kann: Sie spricht Erlaubnisse aus und überwacht Verbote, sie sanktioniert und übt aus, was „das Gewaltmonopol des Staates“ genannt wird: Sie kann Menschen mit Zwangsmitteln festsetzen, ja sie kann im Notfall tödliche Schüsse abgeben auf

Menschen. Spätestens hier wird deutlich, wie wesentlich die Begrenzung der Macht gerade der Exekutive ist. Jedes staatliche exekutive Handeln ist an das Recht, ist insbesondere an die Verfassung und an die in ihr verbrieften Menschenrechte gebunden. Fehlende Kontrolle der Exekutive kann zum Schlimmsten führen, was Menschen erleiden können. Deshalb ist Kontrolle und Kritik an der Exekutive so wichtig. Deshalb ist auch Selbstkritik in der Verwaltung so wichtig. Entspricht mein Handeln und entspricht das Handeln meiner Vorgesetzten dem Gesetz und dem Willen des Gesetzgebers? Diese Frage muss allgegenwärtig sein im täglichen Handeln, insbesondere da, wo es gilt, Ermessensentscheidungen zu treffen. Auch Mut zum begründeten dienstlichen Widerspruch und Zivilcourage im Alltag gehören zu den Voraussetzungen gelingender Demokratie.

## Demokratie

braucht  
Beteiligung  
auf Augenhöhe.

**HdBA**  
Tag der Demokratie

„Augenhöhe“ ist ein Begriff, den wir häufig hören. Zum Beispiel in Formulierungen wie: „Wir beraten auf Augenhöhe.“ Das ist gut, das ist wichtig. Und dennoch bin ich häufig verstört, wenn ich erhebe, was manche, die das sagen, eigentlich meinen. Da ist dann die Rede vom –

meist sprachlichen - Absenken der eigenen Position als Berater oder Vermittlerin gegenüber dem Rat- oder Arbeitsuchenden. Im Lichte der Demokratie offenbart dies ein krasses Missverständnis. Die Idee, der Angehörige der Verwaltung starte grundsätzlich von einer höheren Position, gehört in ein Konzept, das wir „Obrigkeitsstaat“ nennen. Es ist das Gegenteil von Demokratie. Demokratisch gesehen stellen sich die Verhältnisse so dar: Uns gibt es nur deshalb, weil das Volk, also die Gemeinschaft der Bürger, vertreten durch ihre Abgeordneten bestimmt haben, dass es eine öffentliche Arbeitsverwaltung geben soll, die im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft einzelne Marktteilnehmer durch Beratung, Förderung und Vermittlung dabei unterstützt, am Erwerbsleben teilzunehmen. Chef ist der Bürger, nicht sein Dienstleister! Und wer nun denkt: „Wer zahlt, schafft an!“, dem sei gesagt, alles Geld, über das wir verfügen, alles Geld auch, das monatlich auf unseren Gehaltskonten landet, stammt von den Bürgern. Sie zahlen die Beiträge, aus denen wir uns speisen, ihre Vertreter wachen über unsere Haushalte. Dass das leider auch den Bürgern selbst oft nicht bewusst ist, ändert nichts an dem demokratischen Prinzip und der haushalterischen Wahrheit: der Chef, das ist die Bürgerin oder der Bürger. Er ist nicht Bittsteller, sondern Inhaber unveräußerlicher Rechte. **Wir** haben **ihm** zu dienen. So heißt es zum Beispiel in Paragraph 29 SGB III: „Art und Umfang der Beratung richten sich nach dem Beratungsbedarf der oder des Ratsuchenden.“

## Demokratie

heißt:  
Der ANDERE  
könnte Recht haben.

**HdBA**  
Tag der Demokratie

Es gibt eine wesentliche Grundhaltung, in der die demokratische Perspektive zusammenfällt mit der Perspektive der Wissenschaft: Diese Haltung heißt: „Gehe immer davon aus: Der ANDERE könnte Recht haben!“ Darin treffen sich der Kritische Rationalismus des Karl Popper mit der Hermeneutik des Hans-Georg Gadamer. Wissenschaft betreiben heißt ja nicht zu

glauben, man wisse schon alles. Wissenschaft zu betreiben bedeutet im Gegenteil systematisch davon auszugehen, dass man sich irrt. Deshalb versuchen wir nicht, Thesen und Theorien zu beweisen. Wir versuchen sie zu falsifizieren. Und wir bauen unsere Argumentation und unsere Erhebungen so genau auf, dass auch andere sie zu Fall bringen können. Wir publizieren unsere Ergebnisse, damit sie von möglichst vielen aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft gelesen und kritisch überprüft werden können. Ja, mitunter laden wir jene, die uns widersprechen, sogar ein, auf Tagungen direkt ein kritisches Co-Referat zu halten oder in Publikationen direkt einen kritischen Gegenruf zu formulieren. Diskurs, die freie Debatte über Erkenntnisse und Positionen, das ist das Elixier der Wissenschaften. In der Demokratie entspricht das der wichtigen Funktion und der starken Rolle der Opposition. Ohne die freie und hörbare Kritik der Opposition, gibt es keine Demokratie. Ohne eine freie Justiz und ohne eine freie Presse gibt es keinen Prozess der freien Willensbildung. Und warum tun wir das? Man könnte auch fragen: Warum tun wir uns das an? Wir tun es, weil wir wissen, dass kein einziger Mensch, dass keine einzige wissenschaftliche Schule, dass keine einzige Partei und dass keine Regierung im Besitz der Wahrheit sein kann. Wir haben erlebt, dass Reiche, die sich für ewig hielten, zerfielen. Wir haben erlebt, dass die unsinkbare Titanic sank. Wir haben erlebt, dass das unteilbare Atom (das bedeutet der Name átomos: „unteilbar“) gespalten werden kann, und wir haben erlebt, dass auf den Sozialismus nicht, wie vorhergesagt der Kommunismus folgte. Wer Widerspruch, wer Gegenmeinungen, wer andere Erkenntnisse ausschließt, der läuft Gefahr, in vollem Tempo gegen die Wand zu laufen. Und eine blutige Nase ist dann das Harmloseste, das man sich holen kann.

## Demokratie

braucht  
Freiheit, aber auch  
die des Andersdenkenden.

HdBA  
Tag der Demokratie

Und deshalb ist Freiheit so wichtig und ist die Garantie der Freiheit die vielleicht wichtigste Aufgabe der Demokratie: Freiheit ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlergehen, ja für die Würde der Menschen. Freiheit ist auch wichtig, um die so unerlässlichen

Argumente und Positionen zur Geltung kommen zu lassen, die gerade nicht der sogenannten „herrschenden Meinung“ entsprechen. Freiheit ist die Voraussetzung fürs Überleben. Und insofern stehen die beiden großen Wissenschaftler Popper und Gadamer auf den starken politischen Schultern einer großen Frau: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden,“ formulierte einst Rosa Luxemburg. Und auch deren Rolle in der Geschichte politischer Entwürfe bleibt umstritten. Und das ist gut so!

## Demokratie

braucht  
eine Politik der Würde.

HdBA  
Tag der Demokratie

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mit diesem kolossalen ersten Satz beginnt die Verfassung unseres Landes. Wenn ich nach dem Wortlaut des Artikel 1 Grundgesetz in Lehrveranstaltungen frage, kommt dieser Satz auch ganz schnell als Antwort. Stiller wird es dann meist schon, wenn ich nach dem zweiten Satz frage. „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Wenn ich diesen Satz ergänzt habe, dann mache ich in der Regel deutlich: Staatliche Gewalt, Exekutive, das sind auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur. Und es ist bedeutsam, dass wir als solche diesen höchststrangigen Auftrag aus der Verfassung kennen und unsere Arbeit an ihm ausrichten. Die stärkste Prüfung hierfür ist sicher das Gespräch mit Berechtigten in der Grundsicherung. Wie wir ihnen begegnen --- auch dann, wenn wir Themen wie Spareinlagen, Verschuldung, Gewalterfahrung oder Alkoholabhängigkeit thematisieren – thematisieren müssen, um wirkungsvolle Unterstützung leisten zu können, das hat viel zu tun mit Würde – und mit diesem Auftrag aus Artikel 1.

Navid Kermani hat in seiner Festrede zum Jubiläum des Grundgesetzes diesen Doppelsatz des Artikel 1 ein Paradox genannt (Zitat): „*Denn wäre die Würde des Menschen unantastbar, wie es im ersten Satz heißt, müsste der Staat sie nicht achten und schon gar nicht schützen, wie es der zweite Satz verlangt. Die Würde existierte unabhängig und unberührt von jedweder Gewalt. Mit einem einfachen, auf Anhieb kaum merklichen Paradox - die Würde ist unantastbar und bedarf dennoch des Schutzes - kehrt das Grundgesetz die Prämisse der vorherigen deutschen Verfassungen ins Gegenteil um und erklärt den Staat statt zum Telos [zum Ziel der Verfassung – KK] nunmehr zum Diener der Menschen, und zwar grundsätzlich aller Menschen, der Menschlichkeit im emphatischen Sinn. Sprachlich ist das [...] vollkommen, nichts anderes.*“

Wir arbeiten in staatlichem Auftrag, unsere Vorgabe ist das Recht und der Anspruch der Bürger auf Erfüllung ihres Rechts. Das ist der Grund, warum ich nicht selten zurückscheue, wenn wir unsere inneren Abläufe immer stärker mit Begriffen regeln, die besser in ein gewinnorientiertes Unternehmen passen. Unser Gewinn, das ist nicht irgendein Geldbetrag, unser Gewinn rechnet sich nach Menschenrechten und nach Werten der Demokratie.

So etwas lässt sich leicht sagen – in einer Festtagsrede oder eben in einem kürzeren Impulsvortrag wie diesem. Die Umsetzung ist nicht **immer** so leicht. Als Teilnehmer an meinem Wahlseminar „*Was ist wirklich(e) Demokratie?*“ sich gar so sehr freuten an einem Video, kam ich auf Artikel 1 zurück. Das Video zeigte AfD-Abgeordnete des Deutschen Bundestags, die wirklich ganz dumm aussahen: Den Effekt hatte ein Reporter ganz bewusst erzielt, indem er sie nach einer Sitzung überfiel und ihnen Fragen stellte, die auch Abgeordnete anderer Parteien so überrascht gewiss nicht hätten beantworten können. „*Die Würde des Menschen ist unantastbar.*“ Kopfnicken in der Seminar-Runde. „*Das gilt auch für Rechtsextremisten.*“ Großes Erschrecken. – Demokratie ist nicht immer leicht. Menschenrechte sind nicht immer leicht. Mir helfen dabei Situationen und Sätze, die mich auch emotional anfassen. Zum Beispiel dieser: Michelle Obama berichtet, wie ihre Töchter reagierten, als sie sahen, wie man ihren Vater im Wahlkampf wegen seiner Hautfarbe und wegen seines islamisch klingenden zweiten Vornamens zur Unperson machen wollte, wie man gar seine US-Staatsbürgerschaft in Frage stellte. Da begann es natürlich zu köcheln in den Kinderseelen. Zum Abkühlen ermahnte die Mutter mit dem Satz: „*When they go low – we go high.*“ Würde besteht aus Selbstachtung und aus der Achtung anderer – aller anderer. Demokratie heißt auch: die Spirale der Entwürdigung von Menschen zu brechen – im Netz und im richtigen Leben.

## Demokratie

braucht Gemeinsinn  
- eine Balance zwischen  
Rechten und Pflichten.



In der Demokratie darf man es sich also nicht zu bequem machen. Unbequem ist es, mit all der Debatte und all den unauflöslichen Widersprüchen klar zu kommen. Aber so ist das Leben. Unbequem ist es sicher auch, tolerant zu sein gegenüber Menschen, die so ganz andere

Positionen vertreten als man selbst. Und unbequem macht es uns sicher der berühmte Satz von John F. Kennedy: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“ Demokratin zu sein oder Demokrat bedeutet: Ich kann nicht nur nehmen, ich muss auch geben. Wer wüsste nicht, dass das Leben im allgemeinen so funktioniert? Und trotzdem hat sich gerade in Demokratien, die schon lange funktionieren, eine Mentalität breit gemacht, die Rechte gerne und heftig einklagt, Pflichten aber zu umgehen sucht. Das spüre ich nicht nur, wenn ich sage, dass ich gerne Steuern zahle, weil ich weiß, für wie viele wichtige Zwecke sie gebraucht werden und wie sehr ich selbst schon davon profitiert habe, zum Beispiel durch eine kostenlose Schulbildung. Da ernte ich ungläubige bis mitleidige Blicke. Armes Dummerchen!

Pflichten gibt es einige, ohne deren Erfüllung Demokratie gefährdet ist. Gewiss nicht jeder muss sich in einer Partei engagieren oder seine Abende und Wochenenden mit politischer Arbeit verbringen. Obwohl Demokratie ohne Menschen, die das tun, nicht überleben könnte. Aber eine mindestens grundsätzliche Eigeninformation zu wichtigen Themen der Politik ist Pflicht jeden Bürgers und jeder Bürgerin. Wer schon das verweigert, wird zum Spielball der Populisten, die ihre zerstörerische Arbeit an den Fundamenten der Demokratie gerade so erfolgreich mit großen Spitzhacken betreiben. Demokratie wird rund um uns angegriffen. Verhetzungen und Verschwörungen, extreme Vereinfachung und gezielte Falschinformation, die gibt es auch schon in Deutschland. In einigen Nachbarstaaten sind die Feinde der Demokratie schon weiter: Entlassungen unliebsamer Richterinnen, Einschränkungen bis Schließung journalistischer Medien, Verhaftungen, ja Tötungen von Oppositionellen – das alles sind leider längst keine Einzelfälle mehr. Wer es sich da im noch sicheren Deutschland ausschließlich in Medien der Unterhaltung bequem macht, gefährdet letztlich die eigene Freiheit.

## Demokratie

produziert Wohlstand  
- in einer Balance  
zwischen Markt und Staat.



Als Bundesagentur für Arbeit orientieren wir uns am Markt. Am Markt für Arbeitskraft. Der Arbeitsmarkt ist natürlich ein besonders stark regulierter Markt. Erwerbseinkommen ist eine so wesentliche Quelle für den weit überwiegenden Teil der Menschen, dass wir es nicht dem

freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Erwerbseinkommen, das ist auch eine Quelle der Würde. Und dennoch wird die Allokation von Ressourcen – wie auf allen Märkten – im wesentlichen geregelt durch Angebot und Nachfrage. Der Markt, das ist eine faszinierende, eine machtvolle Quelle von Energie. Was mit dem ich-bezogenen Wunsch nach materiellem Gewinn beginnt, das führt zu ungeheurem Erfindergeist und zu entsprechender Innovation – in

der technischen Produktion von Gütern und bei der Gestaltung von Dienstleistungen. Und das Spiel von Angebot und Nachfrage führt – vermittelt durch die Preisbildung – zu einer Verteilung von Ressourcen, von Gütern und Diensten besser, als es ein auch noch so ausgetüftelter Plan jemals könnte. Perfekt! – Fast perfekt. Denn nicht nur in den großen Erschütterungen der Vorkriegszeit haben wir gelernt: diese große Kraft hat ihre Grenzen. Ja, sie kann zur Selbstzerstörung werden. Auch in den letzten Jahrzehnten haben wir Krisen erlebt, die ohne das machtvolle Gegengewicht staatlicher Intervention hätten in den Abgrund führen können. Da war die weltweite Banken- und Finanzkrise und die ihr folgende Weltwirtschaftskrise der Jahre 2007/2008. Und da war, und da ist immer noch die Erschütterung durch eine Virus-Pandemie, die auch die wirtschaftlichen Kreisläufe massiv angreift. Beide Krisen wurden durch jeweils zwei wesentliche staatliche Instrumente bewältigt: eine massive Kreditaufnahme zur Stabilisierung der Unternehmen und durch die Förderung von bezahlter Kurzarbeit. Die Bundesagentur spielte in beiden Fällen eine ganz zentrale Rolle. Sinnbildlicher hätte man nicht demonstrieren können, dass demokratisch stabile Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur erreicht wurden durch die freiheitlichste Verfassung in der deutschen Geschichte. Sie wurden auch erreicht durch ein Bekenntnis zu einer gezähmten, zur **Sozialen** Marktwirtschaft. Der Markt kann Wohlstand nur dauerhaft erzeugen, wenn er ein stattliches Gegengewicht erhält. Das wird auch gelten in den Krisen, die vor uns liegen. Voraussetzung dafür ist eine starke Demokratie, in der die Interessen **aller** machtvoll zum Zuge kommen können.



## Demokratie

braucht  
ein Bejahen der Diversität.

HdBA  
Tag der Demokratie

Ich gebe zu: die Obamas haben es mir angetan. An dieser Stelle Barack Obama: „*All of us have to fight the rise of anti-Semitism and hateful rhetoric against those who look, love, or pray differently.*“ Dieses Zitat habe ich mir aufgeschrieben, weil er es hier wieder so einfach und so kurz auf den Punkt bringt: „*those who look, love, or pray differently*“. Warum fällt es so vielen Menschen schwer, all jene nicht nur zu tolerieren, sondern zu achten, ja zu bejahen, die anders aussehen, anders lieben oder anders beten als sie selbst? Ich denke, nicht selten hat das mit eigener Unsicherheit zu tun. Klar ist nur: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und wenn es seinen Wohlstand halten will, muss es künftig nicht weniger, sondern mehr Einwanderung erreichen. Klar ist auch: Die Menschenrechte gelten für alle. Und eingeschränkt werden darf in einer Demokratie nur, was anderen schadet. Wer in einem demokratischen Deutschland leben will, der muss also Vielfalt bejahen. Ich denke, wir kommen in den letzten Jahren da auch ein gutes Stück voran. Und ich bin auch deshalb froh, für die Bundesagentur zu arbeiten, weil sie in dieser Entwicklung eindeutig in den vorderen Reihen agiert. Dass es so schnell einen Vorstandsbrief gab, der uns auf die Integration der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine einstimme, wundert mich deshalb schon nicht mehr. Aber es tut enorm gut.

**Demokratie**

braucht  
einen Zukunftsplan.

**HdBA**  
Tag der Demokratie

Ich habe vorhin schon kurz gesprochen über Bequemlichkeit und Pflichten. Zu bequem haben wir es uns in den vergangenen Jahrzehnten auch deshalb gemacht, weil wir es uns nach meiner Einschätzung haben einfach gut gehen lassen. Alles, was eine Mehrheit wollte, war möglichst keine Veränderung der Verhältnisse, so wie sie sind und wie sie sie genießen. Dass das nicht mehr funktionieren wird, wissen wir nicht nur aus einer Negativ-Perspektive: wer unsere wirtschaftlichen Kreisläufe nicht aktiv in Richtung Klimaneutralität ändert, wird nicht lange mehr genießen können. Mindestens ebenso wichtig finde ich aber eine Perspektive des Positiven: Wohin wollen wir uns positiv entwickeln? Welche Art von Land, welche Art von Gesellschaft wollen wir in zwanzig, dreißig Jahren sein? Was haben wir an positiven Visionen – auch von Demokratie – denen anzubieten, die in ihren Ländern autoritäre Entwicklungen erleben? Ich denke, an Antworten auf diese Fragen fehlt es uns bisher. Sogar an der Arbeit an solchen Antworten. Solche Antworten sollten wir nicht suchen durch das, was wir in den letzten Jahrzehnten zum Überdruß gehört haben: Angstmache vor der Zukunft, Drohen mit der Konkurrenz am Weltmarkt, Druck zu mehr Anpassung und ganz viel „Du musst!“, „Du musst!“, „Du musst!“ Was wir brauchen und was ich mir wünsche, das sind positive, ja das sind verführerische Ziele und Bilder von einer gelingenden demokratischen Zukunft.

**Demokratie**

braucht  
einen Zukunftsplan:  
**Demokratie muss auch die  
Herzen gewinnen.**

**HdBA**  
Tag der Demokratie

Wer Menschen zu einem solchen positiven Aufbruch gewinnen will, der braucht aber nicht nur rationale Argumente – die auch! Er braucht vor allem auch einen Weg zu den Herzen der Menschen. Ich weiß, das klingt jetzt ein bisschen wie im Gottesdienst. Aber das ist etwas, was mir in meinem nun doch schon einige Jahre währenden Leben immer deutlicher wird: Bildung, Verstand und gute Argumente alleine sind es nicht. So viele Menschen mit absurdesten Schuldzuweisungen und mit totalitären politischen Vorstellungen haben eine gute Bildung genossen. Ganz offensichtlich werden sie – unter anderem von antidemokratischen Populisten - nicht rational, sondern emotional angesprochen. Das muss uns auch als Demokraten gelingen. Da braucht es noch viele Ideen. Lösungen habe ich nicht parat. Aber ich könnte mir denken: Augenhöhe und kompromisslose Achtung, Respekt und Toleranz und schließlich die Entwicklung positiver Zukunftsentwürfe könnten Wegbereiter zu diesem Ziel sein. Und eines weiß ich sicher: Diesen Weg gehen wir am besten selbst und ohne Führer – als unser ganz eigener Souverän.